

AKTUELLE INFORMATIONEN DER EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI 04/2014

Wichtiges Nein zu Ecopop

Die Initiative von Ecopop hatte an der ordentlichen Delegiertenversammlung der EVP in Fribourg keine Chance. Die Initiative würde keine Probleme lösen und schade wegen der starren Zuwanderungspolitik der Wirtschaft, fanden die Delegierten.

SCHÖPFUNG BEWAHREN: JA

ECOPOP: NEIN AM 30. NOV. 2014

Die EVP-Delegierten lehnten die Ecopop-Initiative an der DV vom 23. August 2014 klar ab.

(jdr). Die Initiative «Stopp der Überbevölkerung - zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen» des Vereins Ecopop verlangt die Begrenzung des Bevölkerungswachstums sowie eine erweiterte Investition in freiwillige Familienplanung als Teil der internationalen Entwicklungshilfe. «Die Zuwanderung wird aber heute in erster Linie durch die wirtschaftliche Situation der Schweiz und die damit verbundene Nachfrage insbesondere nach qualifizierten Arbeitskräften beeinflusst und gesteuert», erklärte EVP-Nationalrätin Marianne Streiff an der DV vom 23. August in Fribourg.

Da die Ecopop-Initiative eine starre Obergrenze für die Zuwanderung einführen wolle, hätte diese Beschränkung verheerende Auswirkungen auf die Wirtschaft. Zudem sei die Initiative nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU vereinbar. «Wenn die Schweiz dann auch noch Präservative in Drittweltländern verteilen würde, weil sie diese Länder verantwortlich macht für die selbstverschuldete Zersiedelung des Landes, dann wäre der Schweiz ein grosser Imageschaden sicher», war Parteipräsidentin Marianne Streiff über-

zeugt. Die Initiative von Ecopop liefere keine Lösungen für den Ressourcenverschleiss in den westlichen Ländern und keinen Ansatz zu einer effizienten Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern. «Ecopop ist eine Initiative, die keine Probleme löst, sondern nur neue schafft», betonte Marianne Streiff.

EVP alt Nationalrat Ruedi Aeschbacher legte den Fokus in seinem Pro-Referat auf die negativen Folgen der weltweiten Bevölkerungsexplosion. Die Delegierten waren mit Ruedi Aeschbacher einig, dass die Umwelt weltweit unter dem wachsenden Ressourcenverbrauch leiden würde. Trotzdem fanden die Delegierten, dass die Initiative von Ecopop keinen valablen Lösungsansatz für die angesprochenen Probleme bieten würde. So fiel die Abstimmung ganz klar zu Ungunsten der Initiative aus, mit 67 Nein gegen 7 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

KOMMENTAR



Für das Leben

Gegenwärtig läuft eine Werbekampagne der Automarke Smart. Im Zentrum stehen drei Buchstaben: FOR. Dabei fokussieren sich die Werber auf die Message, dass es einfach sei, gegen etwas zu sein, hingegen für etwas zu sein, eine Haltung sei, die die Welt verändern kann. In der Realität dominiert aber oft das Negative. Auch die EVP hat damit immer wieder zu kämpfen, wenn ihre Erfolge konsequent negiert werden und sie dafür auf ihre wertkonservativen Haltungen reduziert wird. Wenn die EVP im nächsten Jahr die Präimplantationsdiagnostik (PID) bekämpfen wird, dann ist dies die logische Folge ihres Engagements FÜR das Leben. Wir stehen als christliche Partei in der Pflicht, Lösungen und Alternativen anzubieten, wenn politische Mehrheitsentscheide abgelehnt werden müssen, weil sie mit unseren Grundwerten kollidieren. Bei der PID wäre das u.a. die Anerkennung, Betreuung und Unterstützung von Menschen mit Behinderung. Es braucht Menschen, die an das Positive glauben und sich dafür verschreiben. Denn: «Für ist eine Kraft, die in jedem von uns steckt.» (Zitat aus der Smart-Kampagne) Joel Blunier
Generalsekretär

Anzeige

fachlich fundiert -
zeitlich flexibel

MARTIN BUCER SEMINAR
Reformatorsche Theologie heute www.bucer.ch

Berufsbegleitend
Theologie studieren

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser

Wer je ein politisches Grundlagenseminar besuchte, kam nicht darum herum, die drei Dimensionen des Begriffs «Politik» kennen zu lernen. Tatsächlich ist Politik nicht einfach Politik. Der Begriff hat eine dreifache Bedeutung. Wer mich kennt, weiss, dass ich nur in Ausnahmefällen Fremdwörter verwende. Und so ein Fall liegt hier vor. Die Unterscheidung der drei Begriffsbestandteile: Polity für den institutionellen Bereich, also die Staatsorganisation, Policy für den inhaltlichen Bereich und Politics für den prozessualen Bereich existiert als Kurzform nur in Englisch und gelangt deshalb sprachlich vor allem in den USA und in Grossbritannien zur Anwendung. Auch bei uns ist man sich der Unterschiede längstens bewusst, hat jedoch bisher noch keine passende Übersetzung dafür gefunden. Eine praktische Gebrauchsanweisung bietet Ihnen die vorliegende Ausgabe von «akzente». Sie vereinigt alle drei Dimensionen: Polity; der institutionelle Rahmen mit den Artikeln zu den Volksinitiativen, die am 30. November zur Abstimmung gelangen. Policy; die inhaltliche Dimension mit Ereignissen politischen Handelns und Politics; die Formen der Durchsetzung von Interessen oder des politischen Handelns im eigentlichen Sinne mit der Bekanntmachung des neuen grafischen Auftritts unserer Partei. Sie sehen also, wie umfassend in allen politischen Dimensionen unsere Redaktion (ob bewusst oder unbewusst weiss ich nicht) denkt. Ich danke allen Beteiligten für die gute Arbeit und wünsche Ihnen liebe Leserinnen und Leser eine spannende Lektüre.



Ihre
Marianne Streiff,
Präsidentin der EVP Schweiz

ORIGINALTON

«Menschliches Leben wird verhandelt, wie der Preis auf dem Basar. Zynisch!» #Ständerat #Chromosomentests

Tweet von René Steiner, Kantonsrat der EVP in Solothurn nach der Entscheidung des Ständerates am 08. September 2014, Chromosomentests im grossen Stil zuzulassen.

«Dies öffnet nun Tür und Tor für die Selektion zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben und erhöht den Druck auf werdende Eltern massiv.»

Marianne Streiff auf jesus.ch nach dem Entscheid des Ständerates vom 8. Sept. 2014, das Chromosomen-Screening für alle künstlich entwickelten Embryos zuzulassen.

«Vielleicht bin ich der Zauberzweig, der die Überraschung schafft.»

Nik Guggers (ZH) Antwort im Landboten vom 07. Juli 2014 auf die Frage hin, ob er nur eine klassische Wahllokomotive sei.

PAROLEN DER EVP

Beschlossen von der Delegiertenversammlung am 23. August 2014 in Fribourg für die Volksabstimmung vom 30. November 2014.

Initiative von «Ecopop» **NEIN**

Initiative «Rettet unser Schweizer Gold» **NEIN**

Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» **JA**

AUS DEM INHALT

Das Interview mit Matthias Stürmer zum nachhaltigen Umgang mit ICT **3**

Keine Extrawurst für Millionäre und keine unnützen Goldberge horten **4**

Referendum gegen PID **5**

Anzeige



**Der Herr segne
und behüte Dich.**

Die Bibel: 4. Mose 6,24

Agentur C®

Nachhaltiger Umgang mit ICT

Matthias Stürmer ist beruflich wie auch privat gerne online. Als Geschäftsführer der Parlamentarischen Gruppe für Digitale Nachhaltigkeit (Parldigi) setzt er sich für einen innovativen und nachhaltigen Umgang mit ICT ein.



Matthias Stürmer (34)

Du bist Geschäftsleiter der Parlamentarischen Gruppe Digitale Nachhaltigkeit (Parldigi). Was sind die Hauptzielsetzungen dieser Parlamentarischen Gruppe?

Parldigi will den nachhaltigen und innovativen Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) fördern und setzt sich ein für den uneingeschränkten Zugang zu Wissensgütern.

„IT“ + „Bund“ = Sehr teuer? Wo siehst Du die grössten Herausforderungen im Beschaffungswesen des Bundes?

Die Bundesinformatik ist einerseits sehr komplex und andererseits

sehr stark abhängig von IT-Firmen. Mit den formal aufwändigen und zeitraubenden öffentlichen Beschaffungen kombiniert, ergibt das grosse Herausforderungen für den Bund.

Parldigi setzt sich unter anderem für den öffentlichen Zugang zu Wissensgütern ein. Wie sollen Software-Firmen, Autoren und Verleger noch Geld verdienen, wenn alles frei im Internet heruntergeladen werden kann?

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten mit Gratis-Software und Gratis-Inhalten Geld zu verdienen. In der IT geschieht dies über Dienstleistungen rund um die Open Source Programme, so wie es alleine in der Schweiz hunderte von Firmen gibt. Und auch für Bücher, Musik und Filme entstehen ständig neue Geschäftsmodelle und Finanzierungsmöglichkeiten.

Was sind Open-Source Programme?

Open Source Software ist unter Lizenzen veröffentlicht, die Zugang zum Quellcode (dem von Menschen verfassten Programmtext) garantieren und Möglichkeit bieten, die Programme beliebig zu kopieren und zu verändern.

Auf Open-Source Programme kön-

nen alle zugreifen, die über einen Zugang zu einem Computer mit Internetanschluss verfügen. Das tönt nach Chancengleichheit und einem grossen wirtschaftlichen Entwicklungspotenzial für alle. Könnte man diese Open-Source Programme nicht zur weltweiten Armutsbekämpfung einsetzen?

Durchaus! Es gibt viele erfolgreiche Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit, wo bewusst auf Open Source Software gesetzt wird. Selber war ich in Peru und Afghanistan für solche Projekte. Gerade wurde der 15-Millionen dotierte Global Learning XPRIZE ausgeschrieben, der Open Source basierte Lernsoftware hervorbringen soll, mit der Kinder auf der ganzen Welt selbständig mittels Tablet die gesamte Schulbildung absolvieren können. Freiheit mit dem geistigen Eigentum ist insbesondere für Entwicklungsländer zentral, denn sonst bleiben sie ewig abhängig von den Industrieländern.

Wo sind bei Dir die Grenzen im Umgang mit Deinen persönlichen Daten im Internet? Keine Angst vor den Datensammlern wie Facebook und Google?

Ich verwende das Internet vor allem um meine Ideen, Projekte,

Anlässe, politischen Ansichten etc. zu teilen. Privates teile ich gelegentlich über Facebook – aber immer mit dem Wissen darum, dass dies komplett öffentlich zugängliche Informationen sind.

Hand auf's Herz. Wie bekommt ihr als Eltern den Internet-Konsum eurer Kinder in den Griff?

Momentan wollen die Jungs vor allem Gamen. Das können wir recht gut mit maximal 10 Minuten pro Tag eingrenzen. Wir versuchen digitale Medien nach dem Motto «Verboten geht nicht, darum gesunden Umgang damit lernen» zu handhaben.

Offline sein ist heutzutage ein Luxusgut. Wann bist Du offline?

Sehr selten. Ehrlich gesagt fühle ich mich wohler wenn ich online bin. Man muss ja nicht jedes Email gleich lesen und beantworten, das rein kommt. Aber wenn bspw. jemand von der Presse schreibt, ist rasche Reaktion nötig.

Matthias Stürmer

Verheiratet mit Anita Stürmer, 3 Kinder (Lionel, Kai und Ella) Wohnhaft in Bern-Oberbottigen EVP-Stadtrat in Bern

Anzeige

9. und 16. November 2014

SONNTAG DER VERFOLGTEN KIRCHE

Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Machen Sie mit!



Schweizerische Evangelische Allianz Réseau évangélique suisse

www.verfolgung.ch

SONNTAG DER VERFOLGTEN KIRCHE

SEA, Josefstrasse 32, 8005 Zürich, Tel. 043 344 72 00, svk@each.ch



Die Pauschalbesteuerung ist ein Lockstoff

Eigentlich ist Gott ungerecht. Das zeigt sich im Abschnitt über die besondere Verantwortung von Leitungspersonen in Lukas 12,48. Dort heisst es: «Wem viel gegeben worden ist, von dem wird auch viel verlangt. Je mehr einem Menschen anvertraut wird, desto mehr wird von ihm gefordert.» Müsste Gott nicht alle Menschen gleich behandeln? Nein, denn unterschiedliche Gaben führen zu unterschiedlichen Aufgaben. Da Gott letztlich der Geber aller Gaben ist, sind wir in erster Linie ihm gegenüber verantwortlich, wie wir seine Gaben verwalten. In Lukas 12 wird gezeigt, was es heisst, im Horizont des Reiches Gottes und angesichts der Wiederkunft von Jesus Christus zu leben. Da geht es u.a. um Geld und Macht. Auch wenn die Rückkehr Christi noch in der Ferne liegt, sind wir schon jetzt aufgefordert, verantwortlich mit unserem Geld und unserer Macht umzugehen. Wir sollen damit die Ziele Gottes fördern und die Grundbedürfnisse der Menschen stillen. Dieser Gesinnung entspricht im Bereich der Steuern das Prinzip der Progression: Wer mehr hat, der gibt mehr ab. Nicht so die Pauschalbesteuerung. Sie zieht mächtige und reiche Leute an, geködert vom Versprechen, vergleichsweise weniger als die andern abgeben zu müssen. Das mag politisch schlitzohrig sein. Die Pauschalbesteuerung ist aber ein Lockstoff, der nichts mit dem Duft des Reiches Gottes zu tun hat.

Hanspeter Schmutz
Publizist und Leiter des Instituts
INSIST

Keine Extrawurst für Millionäre und keine wertlosen Goldberge horten

Bei der Pauschalbesteuerung, wie auch bei der Goldinitiative geht es um Geld. Die Pauschalsteuer verletzt wichtige Prinzipien des Steuerrechts und ist ungerecht. Nicht alles ist Gold was glänzt: Weshalb die Goldinitiative nichts bringt.



Foto: ZVG

MAJA INGOLD, NATIONALRÄTIN

Ungerechte Pauschalsteuer

Steuerprivilegien für natürliche Personen sind unzulässig und verletzen ein wichtiges Prinzip des Steuerrechts: die Steuergerechtigkeit. Dies ist faktisch ein Verfassungsbruch. Zudem ist der volkswirtschaftliche Mehrwert der Pauschalbesteuerung höchst umstritten. Die Steuereinnahmen der 5600 Multimillionäre in der Schweiz betragen 2012 nur ein halbes Prozent der gesamten Steuereinnahmen. Gegenüber normal besteuerten Bürgern ist die Pauschalbesteuerung ungerecht und unsozial. Die Gegner der Initiative argumentieren damit, dass viele Millionäre wegziehen würden, wenn die Initiative angenommen würde. Das glaube ich nicht. Etliche Millionäre sind auch in der Schweiz, weil hier die Lebensqualität hoch ist. Aus diesem Grund würden viele Multimillionäre auch in der Schweiz bleiben, wenn die Pauschalbesteuerung abgeschafft würde. Zudem ist damit zu rechnen, dass das Ausland die Steuerungerechtigkeit irgendwann nicht mehr hinnehmen wird. Die

Delegierten der EVP haben mit 73 Ja gegen 5 Nein-Stimmen mit grosser Deutlichkeit die Ja-Parole zur Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre» beschlossen. Auch ich empfehle Ihnen, diese Initiative anzunehmen.

Goldberge anhäufen, wozu?

Die Initiative «Rettet unser Schweizer Gold» will die Schweizer Nationalbank (SNB) dazu verpflichten, mindestens 20% der Aktiven in Gold halten zu müs-

sen. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die SNB die Zinsen faktisch auf null gesenkt und einen Mindestkurs gegenüber dem Euro eingeführt. Entsprechend ist der Goldanteil an den Aktiven auf 7% gefallen. Wollte man in dieser Situation den Goldanteil auf 20 Prozent erhöhen, wären umfangreiche Goldkäufe im Wert von 63 Milliarden Schweizer Franken notwendig. Diese Goldreserven dürften, gemäss der Volksinitiative, bei einer Normalisierung der Situation nicht mehr verkauft werden. Dies würde zu einer Anhäufung von Gold führen. Aber Goldanlagen sind keineswegs risikofrei: Der Goldpreis kann auch massiv fallen. Zudem würde der Handlungsspielraum der SNB mit einem starren Mindestanteil von Gold viel zu stark eingeschränkt. Die SNB muss eine Währungspolitik im Interesse unseres Landes machen können, aber genau dies würde bei der Annahme der Gold-Initiative massiv erschwert. Deshalb lehnten die EVP-Delegierten die Goldinitiative mit 71 Nein gegen 1 Ja-Stimme bei 6 Enthaltungen ab.

Anzeige

Wollen Sie über Ihren
Tod hinaus Gutes tun?



Helfen und Sinn stiften

Ihr Legat oder Ihre Spende helfen, dass wir unsere Arbeit unter den Ärmsten weiterhin tun können. Verlangen Sie unseren Testaments-Ratgeber.

Hohlstrasse 192, 8004 Zürich, Tel. 043 336 50 80
www.swsieber.ch, info@swsieber.ch, Spendenkonto 80-40115-7



Sozialwerke Pfarrer Sieber
auffangen – betreuen – weiterhelfen

Referendum gegen PID

Die EVP wird das Referendum gegen die Änderung des Fortpflanzungsmedizingesetzes (FMedG) ergreifen, falls die dafür nötige Verfassungsänderung vom Volk angenommen wird. Dafür möchte die EVP nun eine breite Koalition gegen PID aufbauen.



Foto: ZVG

Parteipräsidentin Marianne Streiff: «Einstimmige Entscheidung der Geschäftsleitung.»

(jdr). Die Präimplantationsdiagnostik (PID) bezweckt die Untersuchung des Erbguts von im Reagenzglas gezeu-

gten nach Erbkrankheiten oder Chromosomen-Anomalien. Die PID ist heute nach geltendem Recht in der Schweiz verboten. Ändern soll dies das angepasste Fortpflanzungsmedizingesetz, welches schon bald mit grosser Wahrscheinlichkeit vom Parlament verabschiedet werden wird. So sollen künftig künstlich gezeugte Embryos vor der Einpflanzung in den Mutterleib einem Chromosomen-Test unterzogen werden dürfen. Wird ein Defekt gefunden, wird der Embryo vernichtet. Bevor das Gesetz wirksam werden kann, braucht es aber noch eine Verfassungsänderung, über die der Souverän entscheiden muss. Diese obligatorische Abstimmung findet

voraussichtlich im Juni 2015 statt.

EVP gegen Verfassungsartikel

Die EVP lehnt diese Entwicklung entschieden ab. «Dies öffnet nun Tür und Tor für die Selektion zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben und erhöht den Druck auf werdende Eltern massiv», ist EVP-Parteipräsidentin Marianne Streiff überzeugt. Sollte das Parlament das Gesetz in dieser Form beschliessen, wird die EVP das Referendum ergreifen. Die EVP wird beides bekämpfen: Das Gesetz und die angestrebte Verfassungsänderung. Gespräche für eine breite Allianz mit betroffenen Organisationen, Politikern und Verbänden sind bereits im Gange.

EVP mit neuem Corporate Design

(jdr). In den letzten Monaten wurde fieberhaft an einem neuen Corporate Design gearbeitet. Zusammen mit der Agentur FEW aus Rieden bei Baden hat das Generalsekretariat den neuen EVP-Auftritt entwickelt. «Hell, frisch und zeitgemäss soll er sein», betont Generalsekretär Joel Blunier. Das letzte Corporate Design hat der Partei 10 Jahre lang nach Aussen hin ein Gesicht verliehen. «Nun war es an der Zeit, eine Auffrischung vorzunehmen», ist auch Marianne Streiff überzeugt. Es ist wichtig, dass die Partei visuell eine Sprache spreche, die auch von jüngeren Generationen geschätzt und verstanden würde. Das neue Design wird nun in den nächsten Monaten implementiert. Das neue Parteiprogramm ist bereits im neuen Design erschienen.

Anzeige

Machen Sie mit!
 Auf www.weihnachtspackli.ch
 finden Sie rund 450 Sammelstellen in der ganzen Schweiz, an denen Sie Ihre Weihnachtspäckli abgeben können.
Sammelschluss ist der 22.11.2014

Aktion Weihnachtspäckli

Päckli-Inhalt für Erwachsene
 1 kg Mehl, 1 kg Reis, 1 kg Zucker, 1 kg Teigwaren, Schokolade, Biskuits, Kaffee (gemahlen od. instant), Tee, Zahnpasta, Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit Scotch, verklebt), Schreibpapier, Kugelschreiber, evtl. Ansichtskarten, Kerzen, Streichhölzer, Schnur, Socken, Mütze, Handschuhe, Schal etc.

Päckli-Inhalt für Kinder
 Schokolade, Biskuits, Süssigkeiten (Bonbons, Gummibärchen etc.), Zahnpasta, Zahnbürste (in Originalverpackung), Seife (in Alufolie gewickelt), Shampoo (Deckel mit Scotch verklebt), 2 Notizhefte oder -blöcke, Kugelschreiber, Bleistift, Gummi, Mal- oder Filzstifte, 1-3 Spielzeuge wie Puzzle, Ball, Seifenblasen, Stofftier, Spielauto etc., evtl. Socken, Mütze, Handschuhe, Schal

In Zusammenarbeit mit

Christliche Ostmission www.ostmission.ch AVC www.avc-ch.org

HMK Hilfe für Mensch und Kirche www.hmk-aem.ch Licht im Osten schweizerisches missions- und hilfswerk www.lio.ch

Bitte packen Sie ausschliesslich die aufgelisteten Produkte in die Päckli! Nur so kommen die Päckli ohne Probleme durch den Zoll und können einfach und gerecht verteilt werden.

Schutz für religiöse Minderheiten

Obwohl sich zahlreiche Staaten international und mittels völkerrechtlichen Verträgen zum Schutz der Religionsfreiheit verpflichtet haben, werden die Rechte von religiösen Minderheiten vielerorts mit Füßen getreten. EVP Nationalrätin Marianne Streiff (BE) will den Bundesrat und die Verwaltung mit einer Motion darauf verpflichten, die Religionsfreiheit bei allen internationalen Kontakten und Gremien zu thematisieren und mehr für den Schutz von religiösen Minderheiten zu unternehmen. Weiter reagiert sie in der Fragestunde auf die Gräueltaten des IS in Syrien und Irak: Wie kann der Bundesrat die religiösen Minderheiten in und aus diesen Ländern unterstützen?

Uran im Dünger

Die Kantonschemiker warnen vor zu viel Uran in unseren Böden, eingebracht mit dem Dünger. Marianne Streiff will in der Fragestunde wissen, was der Bundesrat dagegen unternimmt.

Entwicklungs-Agenda «post 2015»

Der Bundesrat sieht in seiner Position zur Agenda für eine nachhaltige Entwicklung nach 2015 die «Beseitigung extremer Armut unter Berücksichtigung der Belastungsgrenzen der Erde, der Förderung von Frieden und Sicherheit sowie der Erfüllung menschenrechtlicher Verpflichtungen» vor. Maja Ingold will in der Fragestunde vom Bundesrat wissen, worin sich dieser Fokus von der Agenda vor 2015 («Armut halbieren»), deren Ergebnisse nicht befriedigend erfüllt werden, unterscheidet und welche die Erfolgsfaktoren sind, für die Etappe «post 2015». Die Millenniumsentwicklungsziele beziehen sich aktuell einseitig auf global steigende Nationaleinkommen, was falsche Anreize in der Entwicklungszusammenarbeit setzt und den Ärmsten nicht hilft.

Es braucht mehr Schutz für verfolgte Christen

EVP-Nationalrätin Marianne Streiff will dem Recht auf Religionsfreiheit Nachachtung verschaffen. Die Schweiz soll international mehr Einfluss nehmen.



Marianne Streiff und Maja Ingold im Nationalrat.

(ms/mi/nh). Zusammen mit zwei Ratskollegen setzt sich EVP-Nationalrätin Marianne Streiff (BE) für den **Schutz von religiösen Minderheiten** und die Religionsfreiheit ein. Angesichts der weltweit zunehmenden Diskriminierung von Andersgläubigen fordern sie Bundesrat und Verwaltung auf, mehr für deren Schutz zu tun. (vgl. Kasten). - Der rasant fortschreitende Aufkauf riesiger Ackerlandflächen, das so genannte «Landgrabbing» verschärft den weltweiten Hunger und fördert die

industrielle Landwirtschaft mit fatalen sozialen und ökologischen Konsequenzen. EVP-Nationalrätin Maja Ingold (ZH) will Transparenz vom Bundesrat und verhindern, dass die Entwicklungsbanken bei diesem Treiben mitmachen. Doch ihr Postulat wird knapp mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt. - Der Bund wird auch in Zukunft die Gründung von Kindertagesstätten finanziell unterstützen. Der Nationalrat hat das entsprechende **Impulsprogramm** um weitere 4 Jahre verlängert. Die EVP als Familienpartei begrüsst

diesen Entscheid. - Für die EVP steht fest, dass die **Aufsicht über die Krankenkassen** verbessert werden muss. Maja Ingold sucht den Kompromiss zwischen dem Schutz der Patienteninteressen und der Verhinderung von unsinnigem, administrativem Aufwand. - Viel zu reden gibt die Volksinitiative der Grünliberalen für eine **Ablösung der Mehrwertsteuer durch eine Energiesteuer**. Für die EVP ist der Fall klar: die Initiative ist zu kurz gedacht, die Energiesteuer karnalisiert sich im Erfolgsfall selbst. Maja Ingold und Marianne Streiff unterstützen deshalb einen Gegenvorschlag für eine Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbaren Energien. - Nach dem Ständerat stimmt auch der Nationalrat einer **2. Gotthard-Röhre** zu – mit nur einer geöffneten Spur pro Fahrtrichtung. Der Alpenschutz ist für die EVP nicht verhandelbar, sie will aber finanzielle Überlegungen, die Erhöhung der Sicherheit und die Anliegen der Tessiner miteinbeziehen. Das Referendum ist beschlossene Sache, das letzte Wort wird das Volk haben. - Heute bestehen Lücken im Gesetz, um Kinder vor sexueller Belästigung im Internet zu schützen. Der Nationalrat stimmt einer parlamentarischen Initiative gegen dieses sogenannte **Grooming** ohne Gegenstimme zu. Gut so!

Vollständiger Sessionsbericht:
www.evpppev.ch/aktuell

TERMINE

- | | |
|-----------------------|---|
| 07.-08. November 2014 | Klausur der Geschäftsleitung, Adelboden |
| 28. November 2014 | EVP Schweiz, Herisau
Kantonalparteienkonferenz
Club1000-Event mit Dänu Wisler |
| 29. November 2014 | EVP Schweiz, Herisau
Delegiertenversammlung und Zentralvorstand |
| 30. November 2014 | Eidgenössische Volksabstimmung |
| 14. März 2015 | Kadertag 2015, Olten |

IMPRESSUM

akzente: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP) 21. Jahrgang, Nummer 4, Oktober 2014

Erscheint vierteljährlich und wird allen Mitgliedern der EVP zugestellt. Das Abonnement läuft ein Jahr und wird automatisch erneuert, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.- / Jahr.

Herausgeber: EVP Schweiz, PF 294, 3000 Bern 7, 031 351 71 71, info@evpppev.ch, www.evpppev.ch

Grafik und Redaktion: Jean-Daniel Roth (jdr)
Adressen und Aboverwaltung: Werner Rieder

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:
Marianne Streiff, Maja Ingold, Joel Blunier, Niklaus Hari, Sarah Roost, Ellen Tedaldi (Korrektur), Lisette Müller, Matthias Stürmer

Druck und Vertrieb: Jordi AG, Belp

Copyright: Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.

EVP-Generalsekretariat besucht Digger

(jdr). Der diesjährige Sekretariatsaufzug führte uns unter anderem nach Tavannes im Kanton Jura. Der Ort mit 3500 Einwohnern beherbergt in den Gemäuern der alten Kaserne ein Unternehmen, das uns tief beeindruckt hat: «Digger». Hinter diesem Namen, der so viel bedeutet wie Bagger, steht eine Stiftung, die Minenräumungsfahrzeuge baut, die in aller Welt eingesetzt werden. Minen fordern auch nach kriegerischen Auseinandersetzungen viele Opfer, besonders unter Kindern. Die Minenräumungsfahrzeuge von Digger ermöglichen eine effiziente Säuberung von grossen Flächen, so dass diese wieder durch die Bevölkerung genutzt werden können. Webseite: www.digger.ch

Club1000-Anlass in Herisau

Unser kulinarisch-kultureller Anlass für Grossspender, die der EVP Schweiz oder einer Kantonalpartei mehr als CHF 1000.- im Jahr gespendet haben. Das Programm sieht dieses Mal unter anderem ein (öffentliches) Konzert mit dem sympathischen Songwriter Dänu Wisler vor. Konzertbeginn: 20.15 Uhr, Eintritt CHF 20.-, (50% Rabatt für EVP-Mitglieder). www.evppev.ch/club1000

EVP präsentiert:

DÄNU WISLER
Casino Herisau
28. Nov. 2014



Regierungsratskandidat Nik Gugger wird neuer EVP-Kantonsrat in Zürich

(jdr). Am 22. September 2014 rückte Nik Gugger für die zurückgetretene Ruth Kleiber in den Zürcher Kantonsrat nach. Um zeitliche Engpässe zu vermeiden, ist der frischgebackene Kantonsrat per Ende August aus dem Gemeinderat zurückgetreten. Am 29. September 2014 wurde Nik Gugger (EVP, Winterthur) offiziell als neues Ratsmitglied aufgenommen und als Mitglied der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen gewählt.

Früher Start in den Wahlkampf

Bereits acht Monate vor den Regierungswahlen wirbt Nik Gugger mit einem innovativen LED Plakat an der Autobahn für seine Regierungsrats-Kandidatur. Zu früh? Nein, fand auch Politik-Experte Mark Balsiger. Da die Wahlkampfbudgets immer höher

würden, sei ein früher Start für einen Kandidaten einer Kleinpartei absolut richtig.



Foto: zVg

Nik Gugger geht neue Wege.

Aber Nik Gugger setzt nicht nur auf LED-Plakate, sondern auch auf eine mobilefähige Webseite (<http://nikgugger.ch>) und auf soziale Netzwerke wie LinkdIn, Twitter und Facebook. Nik, «we like» und wünschen Dir gutes Gelingen und Gottes Segen.

Christine Grogg-Meyer übernimmt Sitz von Daniel Steiner

(jdr). Daniel Steiner-Brütsch hat Ende Oktober sein Mandat als Berner Grossrat aus beruflichen Gründen abgegeben. Neu wird er Institutsleiter und Mitglied der Schulleitung der PH Bern. Daniel Steiner-Brütsch politisierte seit sechs Jahren für die EVP im Kantonsparlament. Der 41-jährige Langenthaler war Mitglied der Bildungskommission und machte sich als Bildungspolitiker einen Namen.

Erfahrene Nachfolgerin

Nachfolgerin im Grossen Rat wird ab 1. November Christine Grogg-Meyer aus Thunstetten-Bützberg an. Die 50-Jährige ist Primarlehrerin, dipl. Bäuerin und Co-Leiterin einer therapeutischen Wohngemeinschaft. Seit viereinhalb Jahren ist sie Gemeinderätin und betreut dort das Ressort «Soziales». Zuvor

war Christine Grogg-Meyer während mehrerer Jahre Mitglied der Schulkommissionen von Thunstetten-Bützberg und Langenthal.



Foto: zVg

Neue EVP-Grossrätin in Bern: Christine Grogg-Meyer, (50)



Foto: zVg

Gottlieb Trachsler, neuer EVP-Grossrat

Mit der Inpflichtnahme am 20. Mai startete Gottlieb Trachsler sein Amt als Grossrat im Kanton Aargau und wird so Nachfolger von Roland Aeschmann. Nach seiner Ausbildung zum Ing. agr. HTL war er 4 Jahre Leiter des Landjugendsekretariats in Lindau und anschliessend 13 Jahre in der Unfallverhütung BUL in Schöftland tätig. 1996 übernahm er mit seiner Frau Annemarie und ihren Kindern Cornelia, Patrick, Andreas und Fabian den knapp 10 ha umfassenden Bauernhof in Gontenschwil, den sie biologisch-organisch bewirtschaften.

Ämter in Gemeinden

Neu wurden Philipp Steffen in Rothrist und Walter Wyler in Buchs in den Gemeinderat gewählt. In Winterthur wurde Barbara Günthard Fitze als Präsidentin des Grossen Gemeinderates gewählt. Auch in anderen Gemeinden hat die EVP das Parlamentspräsidium übernommen: Walter Meier in Uster, Theo Meier in Adliswil, Christiane Ilg-Lutz in Dietikon, Julia Pfister in Bülach und Heidi Kläusler-Gysin in Opfikon-Glattbrugg. Im Gemeinderat Uetendorf folgte auf Gemeinderätin Margret von Bergen neu Daniel Würsten. Im Gemeinderat Lotzwil ersetzte die Kindergärtnerin, Betagtenbetreuerin und Sozialarbeiterin Margrit Hofer den aus der Gemeinde weggezogenen Walter Nyffeler. Margrit Hofer war zuvor 8 Jahre Mitglied der Schulkommission.

Parteiämter

Wechsel im Präsidium: In Interlaken folgt Fritz Heiniger auf Willi Wildi, in Lyss Philippe Schenkel auf Markus Minder, in Ostermünden Rahel Wagner auf Theres Pulver. In Gosshöchstetten besetzt Andreas Oetliker das zuvor vakante Präsidium.



Foto: Christian Meyer

Solidarität mit Syrien und Irak

(sr). Am 7. September 2014 fand in Bern in der Christkatholischen Kirche St. Peter und Paul ein ökumenischer Gottesdienst in Solidarität mit der leidenden Bevölkerung in Syrien und Irak statt. Die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Schweiz sowie die Schweizerische Evangelische Allianz luden mit einem Aufruf für Frieden und Gerechtigkeit zu diesem Anlass ein.

Christen und andere Minderheiten im Nahen Osten leiden seit einigen Monaten wegen ihres Glaubens unter schrecklichen Verfolgungen. Christen aus verschiedenen Kulturkreisen und Denominationen trafen sich an diesem ökumenischen Gottesdienst, um gemeinsam zu beten und ein Zeichen gegen das Massaker zu setzen. Mit dem anschliessenden «cercle de silence» auf

dem Waisenhausplatz wurde den Opfern der Verfolgung gedacht sowie die Öffentlichkeit dazu aufgefordert, sich für Frieden einzusetzen. Die EVP war mit etwa 100 Mitgliedern vertreten und hat im Vorfeld mitgeholfen diesen Event zu organisieren. Solidarität mit den Schwachen und Leidenden ist der EVP ein Anliegen, welches sich über die Landesgrenzen hinauszieht.

EINLADUNG ZUR DELEGIERTENVERSAMMLUNG

Delegiertenversammlung der EVP Schweiz am Samstag, 29. November 2014, 10.00 bis 13.00 Uhr im Casino in Herisau.

1. Eröffnung der Tagung durch die Parteipräsidentin
2. Besinnliche Einleitung und Grussworte
3. Abstimmungsvorlagen vom 08. März 2015
4. Schlusswort

Mittagessen

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Die Parteipräsidentin
Marianne Streiff

Der Generalsekretär
Joel Blunier

Ich melde mich für die DV vom 29. November an.
(Webanmeldung möglich unter www.evppsv.ch/dv)
Mittagessen: mit ohne vergünstigt (für *jevsv-Mitglieder)

Name, Vorname: _____

Strasse, Nummer: _____

PLZ und Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden bis am 26. November 2014 an: EVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 7

NETZWERK

Frauen gesucht

(Im). Die Frauen der EVP, unabhängig von Alter, Region und politischer Erfahrung, sind im Frauennetzwerk schweizweit vereint. Die Ziele der EVP-Frauen sind vielfältig: Vernetzung und Austausch fördern, wie auch Kandidatinnen für Parteigremien und politische Ämter zu stellen. Die hohe Motivation und das Engagement vieler Frauen stellt ein grosses Potenzial für unsere Partei dar. Dieses Potenzial wollen wir auch nutzen, um ausserparteiliche Frauenstimmen in den Wahlen zu aktivieren. Fühlen Sie sich angesprochen? Zögern Sie nicht und melden Sie sich per E-Mail bei Lisette Müller: lisette.mueller@bluewin.ch